

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Ersteinwochenlich Sonntags. Abonnementpreis durch die Post bezogen
vierteljährlich 1.80 M. Anzeigenpreis die Gesamt-Golontelle für Arbeits-
genüge 75 Pf. Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-
Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Heraus 595
Sitz der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Aufträge und Abonne-
mentsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Alleinige Anzeigen-Aufnahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 25.

Duisburg, den 21. Juni 1919.

20. Jahrgang

Das neue Volkswirtschaftsministerium

In der Sitzung der Preußischen Landesversammlung vom 22. Mai stand zur Beratung der Nachtrag zum Entwurf des Staatshaushaltspolanes 1919, der die Ausgaben für das neu zu errichtende Ministerium für Volkswirtschaft anfordert. Der Minister für Volkswirtschaft, Kollege Stegerwald, hält zur Begründung des Nachtrages eine längere Einführungskreide, in der er besonders auf die Bedeutung und die Aufgaben des neu zu errichtenden Ministeriums hinweist. Die Ausführungen zeigen, welche umfangreichen Aufgaben das Wirtschaftsministerium zu erledigen hat, und wie bedeutsam die Errichtung dieses Ministeriums für das gesamte Volk und nicht zuletzt für die arbeitenden und minderbemittelten Schichten ist. Wie geben beschafft dieselben kurz gebrängt wieder:

Einleitend bemerkte Neuner, der Gesamte, die Fragen der Volkswirtschaft und Wohlfahrt durch ein eigenes Ministerium bearbeiten zu lassen, sei keineswegs neu, um ihn aber zur Tatwerden zu lassen, bedurfte es leider erst des Weltkrieges mit seinen Folgen. Neuner verzweigt dann auf die ungeheuren Veränderungen, die der Krieg angesetzt hat. In keiner Zeit der Geschichte sei deshalb das Bevölkerungsproblem von größter Bedeutung, aber auch in keiner Zeit vor größere Schwierigkeiten gestellt gewesen wie im Augenblick. Für das neue Ministerium sind drei Abteilungen vorgesehen, aus denen das Aufgabenbereich hervorzieht:

1. Eine Abteilung für die Gesundheitspflege im allgemeinen.
2. Eine Abteilung, die die Fürsorge für die Wohnung zur Aufgabe hat.
3. Eine Abteilung, die die Fürsorge für die Jugend und die soziale Wohlfahrtspflege zur Bearbeitung obliegt.

Die Angelegenheiten der Volksgesundheit wurden früher im Kultusministerium und in den letzten Jahren im Ministerium des Innern bearbeitet. Der seitlichen Weiblinsabteilung oblag in der Hauptstelle die Bearbeitung aller Fragen, die mit der Bekämpfung und Verhinderung von Krankheiten und mit der Krankenpflege im Zusammenhang stehen. Diese Aufgaben werden aber auch im neuen Ministerium einen großen Raum einnehmen. Die Krankheit ist in betrachtlicher Höhe nicht nur eine Privatangelegenheit des Betroffenen sondern Sache der Allgemeinheit, seit dies durch die Lebenserhaltungsgefahr besteht, dass von den durch Krankheit und ihren Folgen entstehenden Kosten belastet wird, über das Beziehungen zwischen Krankheit und Beruf entstehen. Die übertragbaren Vollschwestern verdienen besondere Beachtung. Mit der Verschärfung des Ansteckungsstoffen kommen wir jedoch allein nicht aus. Hier hat die Bekämpfung und Verhinderung auch die Widerstandsfähigkeit des menschlichen Körpers und den Einfluss der wirtschaftlichen Verhältnisse zu berücksichtigen. Neben der Sorge für die Kranken wird insbesondere der Erhaltung und Erhöhung der Gesundheit bedrohten Bevölkerungsschichten eine verstärkte Sorgfalt zu zuteilen sein. Blecher gehörte vor allem die Fürsorge für Mutter-, Kindergesundheit und Kleinkinderschutz, Schulgesundheitspflege und die Maßnahmen zur Gesundheitspflege der schulentlassenen Jugend. Ein engster Zusammenhang damit stehen die Einrichtungen der Gesundheitsfürsorge zum Schutz Geschräder, wie die Fürsorge für Tuberkulose, die Beratungsstellen für Geisteskranken, Erkrankungen und Störungen. Die Fürsorge selbst liegt in den Händen der Gemeinden und Wohlfahrtseinrichtungen, die mit den Trägern der sozialen Sicherung und der Armenpflege zusammenarbeiten. Der Staat ist an der Organisation beteiligt. Die Einrichtung von Wohlfahrtseinrichtungen ist für das gesamte Land in Vorbereitung und an vielen Stellen schon weit gediehen. Nicht minder wichtig ist die Gestaltung des Gebietes der Gewerbebehörden und der Betriebskammern sowie der Zusammenhang zwischen Arbeit und Wohlfahrt. Um all diesen Aufgaben gerecht zu sein, bedarf es eines mit den modernen Methoden der Gesundheitsfürsorge vertrauten Personals (Ärzte, Fürsorgepersonal, Krankenpflegerinnen, Fürsorgerinnen in den Wohlfahrtseinrichtungen, Gesamten Ämtern). Schließlich wird eine gute Bildungsanstalt zu pflegen sein. Endlich wird in nächsten Jahrzehnten der Frage der Volksernährung eine früher nie gekannte Sorgfalt zugewandt sein. Die Gründe dafür legt Minister Stegerwald in einzelnen dar, vertieft aber auch auf die Schwierigkeiten, unter denen besonders gegenwärtig an die Lösung dieser Probleme herangetreten werden muss. Der Grundkost werde betont werden müssen, das auf diesem Gebiete trotz aller Beschränkung eine zu weitgehende Sparsamkeit im Augenblick sich durch vielfach gestiegerte Mehrkosten in älteren Zeiten rächen müsste.

Dass eine gesunde und großzügige Wohnung als bestreiter der sozialen Entwicklung als unerlässliche Bedingung eines geordneten Familienlebens, und damit als die Grundlage einer starken Bevölkerung angesehen ist, darüber ist seit Jahrzehnten von einflussreichen Leuten viel geredet und geschrieben worden. In Taten ist leider nicht das gefolgt, was notwendig und auch nötig gewesen wäre. Der Bebauung ungeeigneter Wohnungen der städtischen Mietskasernen, dem Wohnen auf dem Lande, insbesondere nach der hygienischen Seite, wurde nicht die nötige Sorgfalt zuteil. In der gegenwärtigen Stunde ist allerdings eine großzügige städtische Wohnungsreform kaum möglich. In den Großstädten wird einzusehen mit Rottands- und Behelfsmöglichkeiten der Siedlungsreform durchzuführen sein. Der Staatskommissar für das Wohnungswesen, Scheimat, der als Unterstaatssekretär in das preußische Wohlfahrtministerium eintritt, hat vor wenigen Monaten auf einer Konferenz von Wohnungsbauvereinigungen sich ausführlich über das Wohnungswesen geäußert. In dem dargelegten Sinne soll künftig gearbeitet werden. Notwendige Voransetzung ist allerdings, dass die Regelnot behoben wird. Und das bedeutet wieder, dass die Problematik zu beheben ist. Arbeit ist also Voransetzung für eine Einstellung auf dem Wohnungsmarkt. Einzuwenden wird eine zweckmäßige Einstellung und Ausübung des vorhandenen Wohnraums zu erfolgen haben. Der Drangsaufzug der Mietler und der Ausnutzung der Wohnungsnahme wird zu begegnen sein. Der Flachdach mit Gartenland, das Ein- oder Zweifamilienhaus ist möglichst zu fördern, zur Beschleunigung und Verbilligung wird eine Typisierung der Bauten erfolgen müssen. Eine spartane Bauweise wird durch weitgehende Ausnutzung der Erfaktstoffe erfolgen müssen, zu denen möglichst wenig Kohle gebraucht wird. Die örtliche Gesundheitspflege und die allgemeine Wohlfahrtspflege berichtet sich mit der Wohnungshygiene aus innigste.

Die Frage des Fürsorgegewesens ist bisher in verschiedenen Ministerien bearbeitet worden; jetzt soll es unter einheitlicher Leitung zusammengefasst werden.

Neben der Jugendarbeit und Jugendpflege und der Berufsbildung der schulentlassenen Jugend sollen die Angelegenheiten der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, der Kriegswohlfahrtseinrichtungen, der Wohlfahrtspflege und der gemeinnützigen Wohlfahrtseinrichtungen bearbeitet werden. Die Angelegenheiten der sozialen Frauenschule sind ebenfalls wichtig. Diese Wohlfahrtsschulen, Frauenseminare und ähnliche Anstalten zur Ausbildung von Gemeindelehrerinnen, Gemeindebegleiterinnen, Kindspflegerinnen, Hilfsbegleiterinnen, Jugendgerichtsgehilfen, Waisen-, Armen- und Fabrikspflegerinnen, beobachten der staatlichen Anerkennung. Auf diesen Gebieten ist die planmäßige und ständige Mitarbeit der Frauen unabdingt geboten. Der Jugendwohlfahrt, die insbesondere durch die Berufsbildung und Verhöhung der Jugend im Mittelpunkt stehen müsse, widmet Kollege Stegerwald längere Ausführungen.

Die heile Jugendarbeit ist und bleibt: für das Familienselbst, gesunde Arbeitsbedingungen zu schaffen, die die geordnete Erziehung der Kinder gestatten. Die Mitarbeit der Fürsorgegewerbe, Gemeinden und Familien begnügt Neuner. Der frühere Entwurf zu einem Gesetz, der durch die Umwidmungen vom 9. November nicht beraten werden konnte, bietet die Grundlage, auf der aufgebaut werden kann.

Wirklich großzügige Wohlfahrtspflege kann mit Bevölkerung allein nicht geleistet werden. Allenfalls wird vielmehr auf die Kräfte im Volk zurückgegriffen werden müssen. Ohne Unterschied des Standes, der Konfession und der parteipolitischen Überzeugung rufen Stegerwald alle Volksgenossen zur Mitarbeit auf. Er befürwortet dem Wohlfahrtministerium einen Beirat einzugliedern, der sich aus allen beruhsamen Kreisen zusammenstellt und berichtet soll, dass sich das Wohlfahrtministerium nicht zu einer bloßen Altenbehörde auswächst, sondern mit den Bedürfnissen der Wirklichkeit ständig vertraut und verhandelt bleibt. Die Hauptaufgabe der Wohlfahrtspolitik ist, nicht im Ministerium zu Berlin, sondern im Lande zu leisten. Bei diesem Zweck sollen besondere Frauen herangebildet werden; Kurse und Vorlesungen im Lande abgehalten werden. Es gilt, durch Aufklärung und Erziehung die Frauen dahin zu bringen, dass sie sich und ihrer Familie selbst helfen können.

Es gibt keine Möglichkeit, durchgreifende Wohlfahrtspolitik zu betreiben, ohne die sichere Grundlage einer gesunden Wirtschaftsweise. Wenn uns von unseren Feinden zugesuchte Friedensbedingungen Wirklichkeit werden sollten, dann ist in Deutschland eine durchgreifende Wohlfahrtspolitik in absehbarer Zeit eine wahre Unmöglichkeit. Warum kann man auch ein großes Stück Wohlfahrtspolitik betreiben in einem armen Lande, wenn in ihm das nationale Zusammengesetztheit und eine wahre Wohl- und Rechtsordnung stark zur Entwicklung und Entwicklung gebracht wird. Allezeit intensive Arbeit seien aber die Voraussetzung. Im Bergbau, der Eisenindustrie, Landwirtschaft und überall müsse man das einsehen und erkennen lernen.

Die deutsche Wirtschaft ist gegenwärtig krank. Das deutsche Volk das sich in den letzten Jahrzehnten, vom politischen und wirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen, an der Mittagsstunde bewegte, steht heute vor dem Abend. Wir brauchen aber in dieser, für Land und Volk dunklen Stundensonne nicht den Glauben an uns selbst zu verlieren. Die gegenseitigen Auseinandersetzungen führen jetzt zu nichts. Einmal tut zweierlei not: Es gilt zunächst die Kräfte des deutschen Volkes einschließlich in dem Gedanken zusammenzufassen, wie wir wieder festen Boden unter den Füßen gewinnen können, und es gilt weiter dem Centralproblem ins Auge zu sehen, wie ein plötzlich verarmtes 60-Millionen-Volk, die größte einheitliche Nation Europas, die alte deutsche Kultur in schwieriger Zeit retten kann. Wenn wir uns auf diese Aufgaben und Ziele vereinen, dann wird auf den Abend von heute in absehbarer Zeit wieder bestimmt der Morgen einer besseren Zukunft sich einstellen.

Wo sind die „Volksbeglückter“?

Worte und Taten sind bei der Sozialdemokratie oft recht große Gegensätze. Eine besondere Meisterschaft darin hat seit langen Jahren der bekannte Bezirksleiter Vorhölzer des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in Stuttgart erlangt. Als Sozialdemokrat müsste er auf dem Boden der Demokratie, der Gleichberechtigung aller Staatsbürgers ohne Unterschied der Gesinnung stehen, müsste als Freiheitsmann die Freiheit der Überzeugung anderer achten. Im Arbeiterleben haben die Arbeiterorganisationen seit Jahrzehnten um die Freiheit des Arbeitsvertrags um das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter gekämpft. Nachdem die Arbeitgeberorganisationen sich gezwungen sahen, ihren kapitalistischen Machtstandpunkt vom „Herr im Hause“ aufzugeben, tritt an deren Stelle Herr Vorhölzer, um als Diktator Arbeiterkreise und Organisationen, die nicht geneigt sind, seiner hohen Persönlichkeit sich zu beugen, von dem Mitbestimmungsrecht bei Verhandlungen um Vertragsabschlüsse auszuschließen. Er distanziert und kommandiert selbst seinen eigenen Genossen, soweit sie sich ohne eigenen Willen zeigen. Worte und Taten stehen im schroffsten Gegensatz zu seinem politischen Glaubensbekenntnis von „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“.

Wo es gilt, die christlichen Gewerkschaften und deren Angestellte in der ruppigsten Form herunterzureihen und zu verleumden, steht Herr Vorhölzer in der vordersten Front. Man kann es ja riskieren, denn es passen da keine Augen, kreppieren keine Granaten, die persönlich schmerzhaft werden könnten. Das Papier der sozialdemokratischen Presse ist geduldig, und die Männer kennen ja meistens den wahren Tatbestand nicht. Mit welchen Mitteln hier oft gearbeitet wird, die Wahrheit in verleumderischer Weise umzubiegen, dafür ein interessantes Beispiel.

In der sozialdemokratischen Presse (Metallarbeiterzeitung Nr. 3, 1919) erschien seinerzeit ein Artikel des Genossen Vorhölzer folgenden Inhalts:

Die christlichen Wohlbegüter.

Während der Dauer des Krieges waren durch den zwischen den Gewerkschaften abgeschlossenen Burgfrieden die „christlichen“ Gewerkschaften gezwungen, eine mit den freien Gewerkschaften in Einklang stehende Arbeiterpolitik zu betreiben. Jetzt scheint sich die wahre Seele der Christen schon wieder zu entpuppen. Folgender gerabzuguhane bliebener Fall wird uns mitgeteilt:

In der Maschinenfabrik von Neuner in Deutz wird bisher 8 Stunden gearbeitet (entgegen der Verfügung des Arbeitsministeriums), die ja eine längere als 80stündige Arbeitszeit nur aus ganz bestimmten Gründen erlaubt. Da erscheint nun der während des Krieges aufgetauchte, trotz seiner kurzen Tätigkeit aber in den Kreisen der Metallarbeiter schon sattsam bekannte Gewerkschaftssekretär des Christlichen Metallarbeiterverbandes, Spindler von Ull. Er kommt, bietet die Grundlage, auf der aufgebaut werden kann.

Wirklich großzügige Wohlfahrtspflege kann mit Bevölkerung allein nicht geleistet werden. Allenfalls wird vielmehr auf die Kräfte im Volk zurückgegriffen werden müssen. Ohne Unterschied des Standes, der Konfession und der parteipolitischen Überzeugung rufen Stegerwald alle Volksgenossen zur Mitarbeit auf. Er befürwortet dem Wohlfahrtministerium einen Beirat einzugliedern, der sich aus allen beruhsamen Kreisen zusammenstellt und berichtet soll, dass sich das Wohlfahrtministerium nicht zu einer bloßen Altenbehörde auswächst, sondern mit den Bedürfnissen der Wirklichkeit ständig vertraut und verhandelt bleibt. Die Hauptaufgabe der Wohlfahrtspolitik ist, nicht im Ministerium zu Berlin, sondern im Lande zu leisten. Bei diesem Zweck sollen besondere Frauen herangebildet werden; Kurse und Vorlesungen im Lande abgehalten werden. Es gilt, durch Aufklärung und Erziehung die Frauen dahin zu bringen, dass sie sich und ihrer Familie selbst helfen können.

An ihren Früchten soll ihr sie erkennen. Am 15. November 1918 verhandelten wir und die christlichen Gewerkschaften mit den Organisationen der Metallindustriellen Süddeutschlands und traten für den achtständigen Maximalarbeitsstag ein; nach kaum vier Wochen verpflichtete sich ein christlicher Gewerkschaftssekretär, für den nunständigen Achtstundentag bei der Regierung nachzusuchen, trotzdem dieser Herr wissen muss, dass vom 1. Januar 1919 an der gesetzliche Achtstundentag eingeführt ist. Sein Arbeiterrat wird ja ohne Zweifel für die Arbeiter an sich belanglos sein. Auch Arbeitern der Metallindustrie aber rufen wir zu: Heraus aus den „christlichen“ Organisationen, hinein in die freien Gewerkschaften!

Den wahren Sachverhalt haben wir in Nr. 8 unseres Organs richtig gefestigt dahin: „dass die landwirtschaftliche Maschinenfabrik Neuner in Deutz, deren Arbeit gegenwärtig eine wirtschaftliche Notwendigkeit ist, zu den Betrieben gehört, denen aus bestimmten Gründen eine längere als 80stündige Arbeitszeit erlaubt ist. Die Firma hat sehr dringende Aufträge für die Landwirtschaft. Alle ihre vom Felde zurückgekommenen Arbeiter sind eingestellt. Weitere Arbeitskräfte können nicht eingestellt werden, da es an Platz fehlt. Neubauten sind längst geplant und in Vorbereitung, aber die Genehmigung ist noch nicht da. In dieser Lage trat die Firma an die Arbeiterschaft heran, ob diese nicht eine weitere Stunde machen sollte gegen entsprechenden Buschlag. Dem stimmte die Arbeiterschaft auch zu. Ausdrücklich wurde festgestellt, dass die Arbeiterschaft am Achtstundentag festhält und die weitere Arbeitszeit als Überzeitarbeit rechnet, wie es sonst überall der Fall ist. Diese sollte aber auch erst dann geleistet werden, wenn das Arbeitsministerium dazu seine Zustimmung gibt. Das ist ein Vorgang, wie er sich im gewöhnlichen Leben auch unter Zustimmung der sozialdemokratischen Gewerkschaften schon massenhaft zugetragen hat und auch wohl weiter zugetragen wird. Bei den Eisenbahnoberställen ist das schon der Fall und wird noch da und dort aus wirtschaftlichen und betriebstechnischen Gründen notwendig werden. Daraus wird auch das singierte Gefüret über „Arbeiterrat“ nichts ändern. Tut man das nicht, so müsste jede Leistung von Überzeitarbeit von vorherher abverboten werden. Dem Genossen Vorhölzer ist es aber nicht um die Wahrung des Achtstundentages zu tun, wo er die raffiniertesten Arbeitsmethoden laut „Metallarbeiterzeitung“ befürwortet. Der Grund und das Ziel liegt in dem Schlussatz seines Heftartikels, wo er zuruft: „Heraus aus den „christlichen“ Gewerkschaften, hinein in die freien Gewerkschaften!“ Es handelt sich also um ein Agitationsmanöver ganz gewöhnlicher Art, mit Kräften gepaart.“

Beziiglich der Sprachweise des Genossen Vorhölzer gegen unseren Kollegen Spindler, „der während des Krieges aufgetaucht“, bemerkte dieser in einer Erwidерung, dass nicht alle Deutschen in der glücklichen Lage waren, während des ganzen Krieges hinter dem warmen Ofen in der Heimat zu bleiben wie es z. B. bei Herrn Vorhölzer der Fall war.

Inzwischen sind einige Monate ins Land gegangen, wo die Metallgenossen im ganzen Lande mit dem Fall Deutz gegen den Christlichen Metallarbeiterverband hausieren gingen. Nun auf einmal schreibt ein Arbeiter von der Firma Neuner in Deutz, dass die Mitglieder des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes bei Neuner in Deutz mit Zustimmung des wirtschaftlichen Arbeitsministeriums, bestimmen Deiter - heut Arbeitsminister - Schlie, Vorsteader des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes ist, den - Neunstundentag eingeführt haben.

Diese in der Presse veröffentlichte Mitteilung hat die Metallgenossen auf den Plan gerufen und sie erklären, in der sozialdemokratischen „Donauwacht“ Nr. 112 vom 4. Juni 1919: „Wahr ist, dass die Firma Neuner - die landwirtschaftliche Maschinenfertigung - stark mit Aufträgen belastet ist und bei der Gewerbeinspektion um die Erlaubnis nachgefragt hat, nach vorheriger Verständigung mit ihrem Arbeiterausschuss täglich eine Überstunde machen zu dürfen.“

Damit geben die Metallgenossen zu, daß sie 9 Stunden arbeiten, also das, was sie dem Kollegen Spindler seinerzeit als Verbrechen angerechnet haben. Wir machen Ihnen keinen Vorwurf darüber, daß ausnahmsweise eine Überstunde mit Beschlag geleistet wird. Wie wäre es aber nun, wenn wir gegenüber dem Herrn Genossen Borßhözer und seinen Nachtretern nun im gleichen Stile schreiben würden, wie sie es in ihren Artikeln taten, wie: „wahre Seele der Genossen, habsüchtiger Fall, sattsam belämmter Borßhözer, laubere Arbeitervertreter, sein Arbeiterversatz, rote Volksbegleiter usw.“

Wahrlich, eine größere Blamage kann man sich nicht denken, wie sie hier die Metallgenossen erleben. Zuerst ist es Arbeiterversatz, und dann geht man hin und tut das Gleiche. Der Vorgang zeigt: man kann so, und wenn es sein muß, kann man auch gerade das Gegenteil, so wie es eben in den sozialdemokratischen Kreis paßt. Um andere herunterzurütteln, ist alles gut genug. Ja, diese „Vollsbegleiter“!

Unsere Mitglieder und alle Wahrheitsliebenden ersehen aus diesem Schulbeispiel erneut, was von den sozialdemokratischen Verbündigungen unserer Bewegung zu halten ist. Denkende Arbeiter lehnen eine solch niedrige Agitationssart entschieden ab und es kann der Mahnruf für die christliche Arbeiterchaft nur lauten: Heraus aus den sozialdemokratischen Gewerkschaften, hinein in die christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Wasser in den Wein

„Wenn wir erst mal...“ oder „Wenn der Zukunftstaat herausleuchtet, dann...“ oder „Die Sozialdemokratie bereitet dem Proletariat den Weg zur Glückseligkeit“, so ähnlich lautete der Schriftzug, den die sozialdemokratischen Agitatoren seit Jahrzehnten in die Massen schleuderten. Man brauche nur alles zu sozialisieren, dann sei die Glückseligkeit da. Und heute?

Je nüchterner oder besser gesagt ernüchternder der wahre Stand der wirtschaftlichen Verhältnisse zu uns redet, um so mehr sieht sich die sozialistische Presse genötigt, Wasser in den Sozialisierungswein zu gießen, den sie jahrelang den gläubigen Massen in den Lehren ihres Erfurter Programms predigten hat. Tag aus Tag hat sie die Massen angeseuert, vermittelst des Stimmenzettels sich erst einmal die politische Macht zu erobern. Dann könnte, nachdem mittlerweile die kapitalistische Gesellschaft auch für die Sozialisierung reif geworden sei, mit dieser begonnen werden. Zur politischen Macht ist die Sozialdemokratie nunmehr gelangt. Was liegt näher, als daß die Massen von ihr nun auch die Einlösung der Versprechen verlangen, die sie unausgesetzt gemacht hat? Dass sie Taten sehen wollen, nachdem man sie solange mit schönen Aussichten und blendenden Verheißungen beröstet hat?

Die Mehrheitspartei ist da nun in einer Lage, deren ganze Peinlichkeit man ihr in der Tat nachfühlen kann und die sie nicht davon zurückdrücken läßt, ihren geistigen Nährvater Karl Marx sogar teilweise zu verleugnen. Denn während nach diesem als Vorstufe der Vergesellschaftung, der Sozialisierung, ein Zustand der Überfüllung unserer Wirtschaft, eine kapitalistische Überfülle anzusehen ist, die das Fleisch der kapitalistischen Wirtschaftsweise zu eng werden läßt, haben wir statt dessen das ärgste Gegenteil. Und doch ist nach Auflösung der sozialistischen Massen in Konsequenz der Debatten, die die sozialistische Presse und die sozialistischen Agitatoren ihnen gebracht haben, jetzt der rechte Augenblick zu einer entscheidenden Sozialisierung gelommen, um mit der Auflösung der sozialistischen Zukunftsgesellschaft einmal wirklich einen Anfang zu machen. Die sozialdemokratische Presse aber muß in dem gleichen Augenblick feststellen, daß jetzt die eigentlichen Voraussetzungen für eine Sozialisierung fehlen. Denn: „In den Seiten quellenden Überflusses wäre es natürlich unvergleichlich viel leichter gewesen, zu sozialisieren als gegenwärtig. Was wir eigentlich sozialisieren wollten, das war der Reichtum, die Fülle, der Wohlstand für alle. Was wir jetzt nur sozialisieren können, ist die Armut, die Entbehrung, die Not für alle.“ (Rhein. Atg. 1919, Nr. 104.)

Lebhafte Produktivität der Arbeit ist also die allererste Voraussetzung für die Sozialisierung. Niemals war in den letzten fünf Jahren aber infolge des Mangels an Rohstoffen, der geschwächten Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes, infolge von Arbeitsunlust und Streiks und sonstiger Segnungen der Revolution die Arbeitsergebnis bei uns geringer als im Augenblick. In der Landwirtschaft und erst recht in der Industrie! Für die Kohle braucht angeföhrt der Streitbewegungen der Produktionsausfall wohl kaum nachgelegt zu werden. Infolge des Kohlemangels und auch der übrigen bereits genannten Ursachen zeigte er sich aber nicht weniger deutlich in sonstigen Industriewerken. In der Eisen- und Stahlindustrie wurde Januar 1919 nur mehr ein Viertel der Menge an Roheisen — genau 25,1 Prozent — gegenüber dem Monatsdurchschnitt des Jahres 1913 erzeugt. Der Rückgang bei Flüssigstahl und in der Erzeugung der Walzwaren betrug im selben Zeitabschnitt fast 70 Prozent, genau 69,6 Prozent. Nicht weniger auffällig waren die Rückgänge in der Erzeugung der chemischen Industrie. Bei Thomasmehl betrug der Ausfall Januar 1919 gegenüber Januar 1918 67 Prozent, bei Superphosphat 1918 gegenüber 1913/14 90 Prozent, bei Kali 85 Prozent. Auch die Erzeugung von Bleizinken und Soda ist gegenüber 1918 im Januar 1919 um 50 Prozent zurückgegangen.

Diese Beispiele dürfen wohl genügen, um darzutun, wie groß die volkswirtschaftliche Lebhaftigkeit ist, die uns heute für eine weitgehende Sozialisierung zur Verfügung steht. Erfüllungsdoll gesteht dem auch heute die sozialdemokratische Presse: „Wer nicht Phrasen knüpft, sondern Gewissen hat, darf heute nur sozialisieren, wenn er die vollständige Gewissheit besitzt, daß die Übernahme der Produktion auf die Allgemeinheit ein Mehr an Produkten mit einem Minder von Arbeit kostet. Andernfalls wird die Sozialisierung Verbrechen und Brüderlichkeit Ungeheuer wie den Sozialismus in Deutschland durch Zersetzung der Wirtschaft so deillen kompromittieren, wie er in Russland bloßgestellt worden ist.“ Söñdert daran, daß die heutige Produktion teilweise so heillos unterentwickelt worden ist, tragen aber mit die Freiheit, die auch der Mehrheitssozialdemokratie nicht so sehr stehen.

Aber nicht bloß aus innerwirtschaftlichen Gründen glaubt die sozialdemokratische Presse jetzt vor weitgehenden Erwartungen bezüglich der Sozialisierung warnen zu müssen, sondern auch aus außenwirtschaftlichen. Nur die Hilfe des Auslandes, nur der Kredit Amerikas für Lebensmittel, Rohstoffe und

Vorgebund kann, so schließt man, „Deutschlands Wirtschaft wieder in Gang setzen. Die Staaten, mit denen wir hier zu tun haben, sind und bleiben kapitalistische Staaten. So wenig man dem Fuchs die Nahrung in einer langen Flasche verschaffen kann, aus der sie der lange Storchsnabel mit Vergnügen herausstößt, so wenig kann man mit rein kapitalistischen Staaten auf sozialistischer Basis verkehren.“

Das stimmt alles ohne Zweifel. Wir leben in Deutschland nicht auf einer Insel der Glückseligen, auf der wir tun und lassen können, was wir wollen, sondern wir sind an unsere politische und wirtschaftliche Umwelt gebunden. Darum können wir auch nicht allein sozialisieren, wenn das Ausland nicht ähnliche Wege geht, und wenn seine Wirtschaft nach dieser Richtung hin sich der unfrigen nicht anpaßt. Nur wunderbar, daß der Sozialdemokratie solche Gedanken so spät erst kommen!

Der Schluss ist dann eine dringende Mahnung an die Massen, für die nächste Zeit nicht zuviel vom Sozialismus erwarten zu wollen und das vielfagende Geständnis: „Wir müssen unsere Unhänger aufklären, daß in den nächsten zehn Jahren keine Wirtschaftsform ihnen in Deutschland das Paradies oder auch nur ein behagliches Leben schaffen kann. Wir müssen es extragen, daß bei Hunderttausenden der enttäuschte Glaube an die erlösende Macht der sozialistischen Revolution in grimmige Wut gegen die Sozialdemokratie umschlägt, die mit dem Sozialismus „nicht Ernst gemacht“, die den „Sozialismus verrät“. Denn wir folgen nicht dem Beispiel der Menge, unser Leitstern ist nicht die Rücksicht auf die Stimmenzahl, sondern unsere Gebieter sind Einsicht, Wissen, Verstand und Ehre. Und wir haben den Glauben an das Volk, daß seine Mehrheit schließlich doch die Politik der Vernunft billigen wird.“ Ist das nach den himmelstürmenden Verheißungen, die die Sozialdemokratie ihren Unhängern für den Augenblick, wo sie einmal zur Regierung gelangt, gemacht hat, nicht eine glatte Bankrotterklärung? Sieht sie sich in dem Augenblick, wo es nahe läge, mit den Rezepten des Sozialismus zu wirtschaften, nicht gezwungen, statt dessen mit denen des Kapitalismus zu arbeiten?

Die christliche Gewerkschaftsbewegung hat ihren Kollegen keinen blauen Dunst vorgemacht, sondern sie mit beiden Fäßen auf dem Boden der realen Tatsachen gehalten. Auch wir streben nach gewissen Seiten eine Sozialisierung, aber wir wollen es nicht blindlings und tollpatschig, sondern unter Würdigung aller wirtschaftlichen Verhältnisse, denn damit allein ist der Arbeiterschaft gedient. In ehrlicher, treuer Arbeit wollen wir weiterarbeiten, wie es stets das Ziel der christlichen Gewerkschaften gewesen ist zum Wohl der Arbeiterschaft und des Gesamtwolkes.

Mit den bewährten christlichen Grundsätzen ins neue Deutschland

Da bin ich wieder einmal auf einer Agitationstour gewesen. Treppauf, treppab. Mit manchen Unorganisierten habe ich mich herumgeschlagen und -plagen müssen. Hier und dort war ich auch so glücklich, unserm Verbande ein neues Mitglied zu gewinnen. Es war eben im ersten Anlauf. Aber wie immer bei meiner Agitation, so kam es mir auch diesmal wieder lebhaft zum Gefühl, Welch eine gewaltige Auflösungsarbeit, trotz der schon erreichten Erfolge, von unserem Verbande noch zu leisten ist und auf welch geringe Zahl von Kollegen diese Auflösungsarbeit bisher beschränkt blieb.

Weshalb eigentlich diese geringe Beteiligung? Käme es hier nur auf wenige Kollegen an, dann bedürfte es keines längeren Ermahnens zur weiteren Mitarbeit. Aber unsere Organisation fordert mehr an Arbeit, als von so wenigen Kollegen auch beim besten Willen zu leisten ist. Und so ist es wohl begreiflich, wenn die mittäglichen Kollegen auch einmal ihre Verbandskollegen auffordern, an der Organisationsarbeit sich zu beteiligen. Es ist begreiflich, wenn diese Kollegen inmitten ihrer Arbeit auch einmal der Unmut ergreift. Sie selbst haben nur den Wunsch noch mehr Zeit der Organisation zur Verfügung stellen zu können, während ihre Kollegen immer noch fragen, wie sie ihre freie Zeit dann eigentlich vertreiben sollen. Vertreiben — als ob es denn darauf ankäme. Als ob es nicht gelte, jede freie Minute nach Möglichkeit auszubeuten. Diese mittäglichen Kollegen fragen sich vergeblich, weshalb sie denn allein die Arbeit übernehmen sollen, obwohl doch auch die anderen im gleichen Maße wie sie an der Erhaltung und weiteren Stärkung unserer Organisation interessiert sind.

Man sage nicht, daß die ganze Organisationsarbeit immer nur von wenigen Kollegen ausgegangen sei, daß nur wenige Kollegen die Organisation gegründet und nur verhältnismäßig wenige Kollegen ihr zu der jetzigen Bedeutung verholfen hätten. So war es allerdings. Soviel ist aber auch leicht einzusehen, daß unsere Organisation noch bedeutsam stärker und auch innerlich mehr gefestigt wäre, wenn eben noch mehr Kollegen sich an der Mitarbeit beteiligt hätten. Und haben wir es schon den streikenden und eisigen Kollegen zu danken, wenn unsere Organisation zu der heutigen Bedeutung gelangte, so ist es mit die Schuld der untätigten Kollegen, wenn wir immer noch nicht stark genug sind, den brutalen Gefinnungsterrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften einfach unmöglich zu machen.

So muß ich denn mit den Artikelbeschreibern in der vorigen Nr. unseres Verbandsorgans in dem Wunsche übereinstimmen: Heilt uns Kollegen, die ihr immer noch müßig zuschaut, wie andere sich tagans, tagein für ihre Organisation mühen und plagen. Sagt es nicht bei einem gelegentlichen „Bravo!“ und „Gehr richtig!“ in den Versammlungen. Laßt die gewonne Begeisterung in euch weiterwirken. Zeigt durch euer Handeln, daß ihr die Notwendigkeit der Organisation erkannt habt. Oder sollen wir aus eurem Verhalten schließen, daß ihr nur den Nutzen der Organisation genießt, sondern aber die erforderliche Arbeit überlassen wollt. Das wäre weniger kollegial gehandelt. Und ich würde bedauern, wenn ich von Verbandskollegen kein besseres Urteil haben dürfte. Ihr bekommt doch sonst mit Stolz, daß ihr organisiert seid. Freilich in den Verwaltungsräten lauft ihr mit als Organisierte. Wenn ihr aber wirklich organisiert zu sein, wenn ihr den Aufnahmehin ausfüllt und nun doch tatsächlich einen Beitrag zahlt. Wenn alle sich darauf beschränken wollten, wir wären gleich am Ende mit unserer Organisation, aus dem einfachen Grunde, weil dann keiner mehr organisiert wäre. Organisiert

sein heißt eben etwas mehr, als nur seinen Beitrag zu leisten. Es heißt nichts anders, als einem gemeinsamen Ganzen sich organisatorisch einzufügen. Nichts anders, als sein eigenes Ich zu überwinden und im Interesse des großen Ganzen sich selbst betätigen. Organisiert seid — nur wer dieses Wort auch sinngemäß an sich bewahret, darf von sich sagen, daß er organisiert sei, sonst könnte es wohl leicht an ihm selbst zum Spott werden. Nur durch Arbeit kann unsere Organisation zu stande, nur Arbeit vermag sie zu erhalten und nur Arbeit allein vermag sie weiter zu stärken und zu fördern. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit, die mit beiden Händen zu greifen ist.

Da ist nun vielleicht mancher, dem beim Lesen dieser Zeilen die Frage kam, wie er sich denn für die Organisation betätigen könne. Gelegenheit hierzu findet sich überall. zunächst im Betriebe. Höre hier nicht schweigend zu, wenn unsere Organisation angegriffen wird. Du bist selbst ein Glied dieser Organisation, folglich bist du selbst der Angegriffene, folglich verteidige dich. Nehme auch jeden Anlaß wahr, das Gespräch auf die Organisation zu bringen und deine Arbeitskollegen mit dem Wesen unserer Organisation bekannt zu machen. Überzeuge dich namentlich, wie die Kollegen deiner nächsten Umgebung vielleicht an deiner Arbeitsbank zu unserer Organisation stehen. Die Unorganisierten wirst du in erster Linie für die Organisation zu bearbeiten suchen. Auch sonst in der Gesellschaft, wie die Unterhaltung es eben gibt, suche durch Ausklärung für unsern Verband zu wirken.

Ein langjähriger Vertrauensmann.

Streiflichter

Das ist die Folge

Die andauernden Streits der letzten Zeit haben das Vertrauen des Auslandes in die Lieferungsfähigkeit der deutschen Industrie sehr stark untergraben. Das Ausland, das vor dem Kriege mit beiden Händen nach deutschen Waren griff, geht jetzt lieber zu Amerika und England und zahlt einen bedeutend höheren Preis, als daß es sich der unsicherer deutschen Industrie anvertraut. Einige typische Fälle berichten die „Kruppschen Mitteilungen“, in denen es heißt:

Wir verhandelten wegen einer großen Schiffswellenlieferung mit einer holländischen Werft. Einer unserer Abteilungsdirektoren war besonders nach Holland gereist, um durch mündliche Verhandlungen die Bestellung auf jeden Fall für die Gußstahlfabrik zu sichern. Es wurde ihm indessen erklärt, daß die Streiks in Deutschland den Glauben an die deutsche Industrie vollkommen erschüttert hätten. Trotzdem wir uns zu einem großen Preisopfer bereit erklärten, gelang es uns nicht, die Werft bzw. die Meierei zu bewegen, uns den Auftrag zu erteilen. Vielmehr wurde die Lieferung einem englischen Stahlwerk übertragen. Unser Vertreter in Holland schreibt uns in dieser Angelegenheit wie folgt:

„Zu unserm lebhaften Bedauern hat all Ihr Entgegenkommen und unsere wiederholte Bemühung nicht den erwünschten Erfolg gehabt. Auf Wunsch der betreffenden Meierei hat die Werft den Auftrag nach England vergeben, und zwar zu einem um 20 000 holländische Gulden höheren Preise, lediglich aus dem Grunde, weil man bei den unsicherer Verhältnissen befürchtet, die Lieferung von Deutschland nicht ausgeführt zu bekommen.“

Ein anderer Fall betrifft die große Stahllieferung für die norwegischen Staatsbahnen. Auch in diesem Falle scheiterten alle Bemühungen, den Auftrag der deutschen Industrie zu sichern, weil, wie uns unser norwegischer Vertreter schreibt, die norwegischen Staatsbahnen mit Rücksicht auf die heutigen Verhältnisse in Deutschland nicht wagten, den Auftrag auf diese Städte zu vergeben, deren pünktliche Lieferung zur Aufrechterhaltung des Betriebes der Bahn von größter Wichtigkeit war, deutschen Werten zu übertragen. Der sehr bedeutende Auftrag ging an ein amerikanisches Stahlwerk verloren.

So geht's! Spartacus inszeniert Streiks, die Arbeiterschaft läuft zum großen Teil blindlings mit, denkt nicht daran, daß die Streiks, die jetzt geführt werden, ein Schnitt am Lebensnerb der Arbeitereigenschaft sind.

*

„Mauern“

ist bei den Sozialdemokraten nicht gar so selten. Wenn es eine Mauern zum Guten ist, wenn sie durch bessere Erkenntnis der mit ihrer Parteilehre eben oft im Widerspruch stehenden Wirklichkeit veranlaßt wird, so werden wir ihnen natürlich daraus keinen Vorwurf machen. Irren ist menschlich und jeder, der seinen Irrtum erkennt und behebt, verdient Anerkennung. Aber das Mauern geschieht leider des öfteren auch in der Richtung zum Schlechten. So stellt der sozialdemokratische Vorwärts in Berlin fest, daß die Wittenberger Kommunisten in ihrer diesjährigen Maifeestschrift die „Arbeiter-Marschallie“ die den Roten doch immer als unantastbares Heiligstum gegolten hat, abdrucken, dabei aber die dritte Strophe einfach streichen. Warum dies wohl? Diese Strophe lautet nämlich:

„Das freie Wahlrecht ist das Zeichen,
In dem wir siegen, nun wohlan!
Nicht predigen wir Hass den Reichen,
Nur gleicher Platz für jedermann.“

Diese Gefinnung verträgt sich freilich schlecht mit der „Diktatur des Proletariats“, und so mußte diese altägyptische Strophe verschwinden.

Wer auch aus dem „Sozialistenmarsch“ ist die pazifistische Strophe verschwunden:

„Nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren,
Mit Flint und Speer nicht kämpfen wir.
Es führt zum Sieg der Freiheit Scharen
Des Geistes Schwert, des Rechts Panier.“

Bom „Geist“ und „Recht“ war unter den spartanischen Waffen bisher freilich recht wenig zu bemerken; die Herrschaften bedienten sich mit Vorliebe und fast ausschließlich des „Waffengesetzes der Barbaren“, als da sind: Maschinengewehre, Dolche, Dumbungsgeschosse (siehe München), und nennen solche Dinger wahrscheinlich noch „Waffen des Lichten“.

Ist ein Lehrling, der zu einem anderen Beruf übergeht, dem Lehrherren schadenshaftpflichtig?

Nach Paragraph 127 f Fleischgewerbeordnung kann von dem Lehrherrn gegen den Lehrling ein Schadenersatzanspruch geltend gemacht werden, wenn der Lehrvertrag schriftlich abgeschlossen ist, und das Lehrverhältnis vor Ablauf der vereinbarten Lehrzeit sein Ende erreicht. Nach dem Wortlaut des Gesetzes ist also die Frage jedenfalls zu bejahen. Die Kommentare zur Gewerbeordnung von Neukampf und Sandmann sind in die Frage verschiedener Meinung: Während Neukampf Schadenshaftpflicht anerkennt, wird sie von Sandmann verneint. Er verteidigt die Aussöhnung, daß die Lösung des Lehrverhältnisses gemäß Paragraph 127 f G.-O. gesetzlich sei; es liege somit ein Verschulden des Lehrlings nicht vor, und deshalb sei nicht einzusehen, auf welche Bestimmung des Bürgerlichen Gesetzbuches der Anspruch des Lehrherrn gestützt werden solle, da dieses Gesetz eine Schadenshaftpflicht nur im Falle eines Verschuldens anerkenne. Auch verweist Sandmann noch auf Paragraph 78 Abs. 2 des Handlungsbuches, wo bestimmt, „daß der Handlungslernende, der vor Ablauf von neun Monaten nach Beendigung des Lehrverhältnisses als Handlungslernende oder als Handlungshilfe in ein anderes Geschäft eintritt, zum Schadenshaftpflichtig ist.“ Eine solche Bestimmung fehle im Paragraph 127 f G.-O., und deshalb enthalte die Schadenshaftpflicht des gewerblichen Lehrlings.

Diese Begründung ist in seiner Hinsicht überzeugend. Der Schadenshaftanspruch des Lehrherrn stützt sich nicht auf das Bürgerliche Gesetzbuch, sondern allein auf Paragraph 127 f G.-O.; er entspringt somit unmittelbar aus dem Gesetz, und ist nicht durch ein Verschulden des Lehrlings bedingt. Auch der Versuch Sandmanns, seine Aussöhnung durch den Hinweis auf Paragraph 78 Abs. 2 h.-G.-O. zu begründen, erscheint verfehlt. Gegen diese Ansicht spricht namentlich die Entstehungsgeschichte der Gewerbeordnung. Der Entwurf zu diesem Gesetz enthielt über die Schadenshaftpflicht des Lehrlings eine besondere Vorschrift. Ihre Ausnahme in das Gesetz ist nur deshalb unterblieben, weil man es nicht für zweckmäßig hielt, von vornherein den Fall zu erwägen, daß der Lehrling zu einem anderen Berufe übergehen würde. Die beachtigte Sondervorschrift ist also lediglich aus rechtspolitischen Gründen nicht Gesetz geworden, nicht etwa deshalb, weil man sie nicht gebilligt hat. Nach Wortlaut und Entstehungsgeschichte ist also die gestellte Frage zu bejahen. Da aber andererseits in Schriftum und Rechtsprechung eine Übereinstimmung der Meinungen nicht besteht, der Weg für Streitigkeiten also offen gelassen ist, erscheint es ratsam, durch eine zweiseitige Vertragsbestimmung im Lehrvertrag die Streitfrage nach den Erfordernissen des Einzelfalles besonders zu regeln.

Dr. S.

Bekanntmachung des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 22. Juni, der 25. Wochenbeitrag für die Zeit vom 22. bis 28. Juni fällig.

Aus dem Verbandsgebiet

Essen-Jugendklasse. Am Sonntag, den 19. Mai, hielt unsere Jugend-Abteilung im Kaiser-Wilhelm-Bebenheim ihre Versammlung ab. Trost des schönen Wetters hatte sich doch eine Anzahl der jugendlichen Kollegen eingefunden. Der 1. Vorsitzende, Kollege Selinghoff, eröffnete die Versammlung, hieß die Erschienenen herzlich willkommen, ganz besonders unsern Arbeiter-Dichter, Kollegen Christoph Weprecht, ebenfalls 2 Kollegen von Bochum, die einmal der Essener Jugendabteilung einen Besuch abgestattet hatten. Zunächst erhielt der Vorsitzende dem Kollegen Weprecht das Wort zu seinem Vortrag: „Arbeiterkrieg!“ Kollege Weprecht betonte eindringlich seiner Aussichtungen, er wolle nicht beginnen mit dem schönen Lieb: „Der Mai ist gekommen, die Bäume schlagen aus“, denn sonst wären wir mit im grünen Walde. Heute gäbe es, wie so oft, für den Gewerkschafter, dichter vor, unter anderem von Alfons Pehold, Wien, Heinrich Versch, Bochum, Max Barthel und Karl Bröger. Sie alle sind aus dem Verhältnis hervorgegangen, zum Teil stehen sie noch im Arbeitsdienst dieser Dichter vor. Die jugendlichen Kollegen lauschten dem Vortragenden mit großem Interesse. Ein Zeichen, daß auch unsere Kollegen für solche schönen Darbietungen Verständnis haben, war der ungeheure Beifall, der dem Kollegen Weprecht gespendet wurde.

Zwischenzeitlich ergießt der Kollege Düden das Wort zu einigen anhängenden Bemerkungen. Er führt aus, die vorgetragenen Bilder haben Leben in sich, was um so mehr zum Ausdruck kommt, da unser Dichterkollege uns ihren Inhalt selbst übermittelt. Diese Bilder unserer Arbeiter-Dichter müssen Eigentum eines jeden Kollegen unserer Jugendabteilung werden. Daraum brauchen wir jedoch nicht unsere alten, deutschen Volksdichter vergessen. Ein altes deutsches Lieb, das gelegentlich der großen Kundegebung der gesamten Essener Bürgerschaft gegen den Gewaltfrieden auf dem Burgplatz gesungen wurde, hat Anlaß zur Erörterung in der Presse gegeben. Es ist das Lieb: „Deutschland, Deutschland über alles.“ Der Dichter Hoffmann von Falterlesben hat gewiß nicht gemeint, daß wir Deutsche über alles in der Welt herrschen wollen, sondern daß unser gelehrtes deutsches Vaterland „über alles“ geht. Wir sind Deutsche, wollen Deutsche bleiben und uns nicht verlassen lassen. In diesem Sinne singen wir in Zukunft ebenso mehr: „Deutschland, Deutschland über alles“.

Anschließend trug Kollege Weprecht etwas aus eigenen Dichtungen vor. Es war wirklich eine Freude, jungen Kollegen Weprecht zu hören, der sich durch eigene Kraft und Fortbildung zur Höhe eines auerfaulsten Dichters emporgeschwungen hat. Er hat es verstanden, dem proletarischen Geiste der Industrie sehr poetische Seitenlängen zu entlocken. Der reiche Beifall am Schlusse seiner Recitationen zeigte dem Kollegen Weprecht, wie begeistert die jungen Kollegen ihm zugehört hatten.

Der Kollege Düden referierte dann über das Thema: „Was erwarten wir vom kommenden Lehrgesetz?“ Er führte unter anderem aus, wie notwendig eine neue Lehrlingsverordnung sei. Die alten Bestimmungen wären durch die neuen Verhältnisse vollständig überholgt. Ehe der junge Mensch dem Lehrmeister zur Ausbildung übergeben wird, muß zunächst seine körperliche und geistige Fähigkeit an diesem Beruf geprüft werden. Das Prüfungswesen müsse beim Handwerk ausgeführt und auf die Industrie ausgedehnt werden. Eine dreijährige Lehrzeit mit täglich 8 Stunden Arbeitzeit genüge vollkommen zu einer guten, sauberen Ausbildung. Deshalb muß das dritte Best-

lebt abgeschafft werden. Während der Lehrzeit müsse eine angemessene Entlohnung gewährleistet werden, wovon wenigstens das Neben- und Schuhgeld befritten werden könnte. Aber auch eine Erholung des Lehrlings dürfte nicht außer Acht gelassen werden. Nach einem Jahre angestrahlter körperlicher Arbeit, müsse bei den heutigen Ernährungsverhältnissen eine angemessene Urlaubszeit gefordert werden. Wenngleich das Schlichtungstreffen nicht ausgebaut werden kann, so ergäben sich während der Lehrzeit Streitigkeiten, die vor einer zuständigen Instanz gebracht werden müssen. Aus all dem Angeführten könne man ersehen, wie notwendig eine baldige gesetzliche Regelung des Lehrungswesens ist. Die lebhafte Aussprache zeigte, wie sehr den jungen Kollegen aus dem Herzen gesprochen worden war. Nach einem Dankesworte an die Kollegen Weprecht und Düden fiel ihre lehrreichen und interessanten Vorträge schließlich der 1. Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung mit einem „Auf Wiedersehen“ in der nächsten Jugendversammlung.

K

Gelsenkirchen. Am 5. Juni fand hier die Gründung der Formier- und Gieherarbeiter-Branche statt. Nachdem der Branchenvorstand gewählt war, erklärte Kollege Mehr Bericht über die Verhandlungen der Spitzenverbände in Berlin. Versammlung beschloß, daß die Unternehmer nicht gewillt seien, den Allord abzuschaffen. Man sprach sich dahin aus, daß das heutige Allordsystem unter allen Umständen verschwinden und ein vollständig neues System geschaffen werden müsse, wo auch ein angemessener Lohn dem Arbeiter garantiert werde. Kollege Mehr wies dann auf die Notwendigkeit des Zusammenschlusses innerhalb der Branche hin. Es ist notwendig, um einen Meinungsaustausch unter den Kollegen im einzelnen Betriebe zu pflegen, um so auf der ganzen Linie einheitlich vorgehen zu können. Die sanitären Einrichtungen lassen viel zu wünschen übrig. Der Mangel an gesunder Luftaufführung in den Betrieben ist von sehr belastend. Auf die Ausbildung der Lehrlinge muß mehr Gewicht gelegt werden. Der Formier muß im Lehrling den zukünftigen Kollegen sehen, der später in seine Fußstapfen treten soll. Nur berufliche Formier ist in der Lage, seine, sowie die Interessen der Kollegen auch wissentlich zu vertreten. Die Organisation trägt dazu bei, durch die Fachbibliothek, sowie durch Abhalten von Fachvorträgen in den Branchenversammlungen. Von den Unternehmern müssen wir mehr Hand-in-Hand arbeiten und Entgegenkommen finden, da auch ihnen daran gelegen sein muß, durch tüchtige Facharbeiter, gute Qualitätsware zu liefern. Die großen Giebereien sind auch hier in der Lage, wie in Süddeutschland Lehrlingsgiebereien zu errichten, wo dem Lehrling eine gute Ausbildung in Theorie und Praxis zu Teile wird, ohne daß man in den Geruch kommt, eine Lehrlingszulieferer zu betreiben. Kollege Mehr wies darauf hin, daß wir auch in agitatorischer Hinsicht mehr arbeiten müssen.

Eine rege Diskussion setzte hierauf ein. Kollege Werthenbach wies darauf hin, daß er als Ausschusmitglied bei der Gelsenkirchener Bergwerks A.-G. schon die Lehrlingsausbildung zur Sprache gebracht habe, und daß man auch dieusage gemacht habe, die Anregungen zu prüfen. Die Kollegen gingen aneinander, mit dem Versprechen, für und in der Branche zu arbeiten, und in der Agitation für den Christlichen Metallarbeiterverband nicht zu erschrecken.

K

Dortmund. Der Arbeiterausschuß der Deutsch-Luxemburgischen Abt. Dortmund Union hielt am Christi-Himmelfahrtstage morgens 9 Uhr eine Versammlung der Arbeiterausschusmitglieder, der Festsleute aller in und um Dortmund tätigen Werk nach dem Reichsbahnhof einberufen, auch waren die Vertrauensleute und Organisationsvertreter der einzelnen gewerblichen Organisationen eingeladen. Besucht war die Versammlung von über 1000 Vertrauensmännern.

Der Obmann des Arbeiterausschusses des Eisenwerks „Union“, Mitglied der syndikalistischen „Freien Vereinigung“, Kötter, leitete die Versammlung mit den Worten ein, daß diese Zusammenkunft nötig gewesen sei, seit die Arbeiter mit ihren Organisationen nicht zufrieden gewesen seien. (Stürmischer Widerspruch.) Man wolle die bestehenden Organisationen zu einem Verband zusammenführen, zu einem sogenannten „Deutschen Arbeiterbund“.

Als erster Redner trat das Arbeiterausschusmitglied Komus auf. Er betonte, man wolle einen festeren Zusammenschluß der bestehenden Organisationen herbeisehnen, um noch segensreicher für die Arbeiterchaft wirken zu können. Er erkannte die Arbeit der gewerblichen Organisationen für die Arbeiter voll an, meinte nur, es könne noch mehr geschaffen werden durch einer noch engeren Zusammenschluß. Der zweite Redner, Dietmann, sprach sich auch für die Einheitsbestrebung aus, vertief zum Schlus, aber in Anbetracht gegen die Gewerkschaftsvertreter, wodurch er sich den Widerspruch der Versammlung zuzog. Nunmehr sollten die Organisationsvertreter zum Worte kommen. Als dritter Redner wurde angeklagt der Vertreter der „Freien Vereinigung“, Kötter-Hannover. (Minutenlang anhaltender Protest.) Erst nachdem Gewerkschaftssekretär Schmidt vom Deutschen Metallarbeiterverband die Versammlung aufforderte, diesen Redner erst ruhig sprechen zu lassen, leistet Herr Kötter eine politische, anhörende Rede vom Stapel. Mit dem Deutschen Arbeiterbund komme man hier ein Jahr zu spät, es sei bereits der Deutsche Gewerkschaftsbund geschlossen. Man müsse sich einer Organisation anschließen, die auch Ideale habe, und die habe die „Freie Vereinigung“, nämlich revolutionäre sozialistisch-syndikalistische Ideale.

Als weiterer Redner sprach Gewerkschaftssekretär Braun vom Gewerkschaftsamt. Er betonte, daß der Gedanke der Einheitsorganisation ein Ideal sei, der auch er anstrebe. Er lasse sich aber erst im Laufe der Jahre verwirklichen, jetzt sei no nicht daran zu denken. Die bestehenden Organisationen hätten die Interessen der Arbeiter in allen Beziehungen vertreten. Er schätzte dann die aufstrebende Tätigkeit der Gewerkschaftsvertreter, die alles getan hätten, was eben möglich sei. Die Arbeiter sollten weiter einig sein und festhalten an ihren Organisationen, dann würden sie weiter ihre Interessen mit Nachdruck wahren können. (Stürmischer Beifall.) Er rechnete dann mit Herrn Kötter ab und betonte, daß durch eine demagogisch verhebende und aufreibende Rede allein den Interessen der Arbeiter nicht gedient sei, sondern nur durch praktische Arbeit. (Lang anhaltender Beifall.)

Sodann sprach Gewerkschaftssekretär Haase vom christlichen Metallarbeiterverband. Redner betonte, er wolle nicht eine politische Rede halten wie Herr Kötter, sondern in aller Kürze auf die Ausführungen des Arbeiterausschusmitgliedes Komus eingehen. Ohne Zweifel habe Komus den christlichen Willen gehabt, etwas Ideales zu schaffen, indem er seferse Zufarammertreibende der Organisationen erzielte. Mit dem geplanten Arbeiterbund werde aber gerade das Gegenteil erzielt.

Wenn ein Arbeiterbund geschaffen werden sollte, so bedinge das politische und religiöse Neutralität. Selbst der Arbeiterausschuß der „Union“ sei sich über den Arbeiterbund nicht einig. Ein kleiner Teil der Ausschusmitglieder habe zwar den christlichen Willen, noch mehr Einigkeit unter die Organisationen zu bringen, aber der andere Teil trage sich mit Hintergedanken. Das sei bewiesen durch die Ausführungen des Herrn Kötter von der sozialistisch-syndikalistischen „Freien Vereinigung“, wonach nur auf Grund der sozialistisch-syndikalistischen Ideen der Arbeiterbund sich gründen könne. Hiermit seien über die Antwendungen nicht einverstanden. (Stürmischer Beifall.) Die christlichen Arbeiter jähren in einem solchen Arbeiterbund nicht die Gewerkschaft, da ihre christliche Weltanschauung berücksichtigt würde. Weiter ziehe auch die christliche Weltanschauung die Verbindung auf 9 Uhr morgens, daß man auf ihrer religiösen Meinung keine Rücksicht nehme. (Zurufe: „Die müssen erst zur Kirche gehen!“) Zuvor, das wollen die christlichen Arbeiter! (Großer tumult von circa 150. Schreien der Syndikalisten.) Ein anderer Redner, Herr Dietmann, habe vorher so scharf auf die Organi-

sationsvertreter geschimpft, und zwar mit Unrecht. Denn die älteren Gewerkschaftsführer hätten jahrelang lang für die Interessen der Arbeiter gekämpft und würden das auch in Zukunft tun. Man habe jetzt nach den Vorschlägen zum Arbeiterbund Lente aus dem Arbeitsverhältnis selbst machen sollen, lage doch die Gefahr einer großen Abhängigkeit vor. Das müsse doch jeder ehrlich denkende Arbeiter zugeben, daß die Organisationsvertreter, die doch vom Arbeiter selbst gehalten würden, unabhängiger vom Arbeitgeber seien wie z. B. die Generalsekretäre der Dortmunder Union, die vom Arbeitgeber bezahlt würden. (Sehr richtig! Bravur.)

Die Versammlung sah heute ganz klar, wohin der Weg bei Gründung eines Arbeiterbundes gehe. Ausgenommen von einigen, die wohl ehrlich meinten, trugen sich andere mit dem Gedanken, die Gewerkschaftsbewegung ins syndikalistische Lager zu führen, wieder andere, die ins gelde Lager zu treten. Dies führt aber nur zur Spaltung der jetzt aus Grund der Arbeitsgemeinschaft unter den Organisationen einigen Arbeiterstaat. Die Arbeitsgemeinschaft der Organisationen habe für die Arbeiterkollegen die Segensrechte geschaffen. (Vereinzelte Proteste.) Wer das Gegenteil behauptet, der liegt. (Stürmischer Beifall.)

Die vorher so sehr vom Herrn Kötter angegriffene Arbeitsgemeinschaft mit den Arbeitgebern, die eigentlich besser Schlichtungsfeste helfen sollte, bewährt sich durchaus. Auch hier hätten die Organisationsvertreter Erfolgreiches für die Arbeiter geleistet. Beweis seien die Tarifverträge und sonstigen Vereinbarungen. Zum Schlus empfiehlt Redner den Anwendung, festzuhalten sowohl an der Arbeitsgemeinschaft unter den Organisationen wie auch der mit den Arbeitgebern, dann können schon alle Arbeiter zu ihrem Recht. (Stürmischer Beifall.)

Beitragleiter Spiegel vom Deutschen Metallarbeiterverband schlägt zunächst den Empfang der Kommission von der Dortmunder Union seinerseits. Ging dann auf die Ausführungen von Herrn Kötter ein, der ausgesprochen habe, daß die Organisationsvertreter nicht genug im Sinne der Arbeiter wirken. Dreißig Jahre stehe er (Spiegel) in der Arbeiterbewegung und habe, was eben möglich gewesen sei, für die Arbeiter gekämpft. Dieses würde alslettig anerkannt, nur Kötter nicht. Letzterer habe in dieser Versammlung nur politische Momente hingeworfen. In einer solchen gewerblichen Versammlung dürfen nur sozialistische Fragen besprochen werden. Diesen Standpunkt nehme er für seine Person jetzt in Anspruch. Er forderte sobald alle Anwesenden auf, sich und treu zu ihren Centralorganisationen zu stellen. (Großer Beifall.)

Sodann erhält das Arbeitsausschusmitglied von Hösch, Sieden, das Wort. Aus der Versammlung wird gefordert, daß nunmehr die Nebenzeiten auf zehn Minuten beschränkt werde. Redner beginnt mit den Worten, er müsse nun Anlage erheben gegen die Gewerkschaftsvertreter. (Großer Widerspruch.) Die Vertreter der Organisationen hätten sich in ihren Ausführungen gegenseitig bekämpft. (Zurufe aus der Versammlung: „Das ist eine Lüge!“) Redner sucht den Beweis dadurch zu erbringen, daß das Gewerkschaftssekretär Haase sich gegen die gesetzlichen Gewerkschaften ausgesprochen habe. (Lautes, anhaltendes Gelächter und Zurufe: Sind die Geben denn jetzt auch Gewerkschaften?) Die Versammlung will einen Redner, der derartiges konfuses Zeug redet, nicht mehr hören.

Der Versammlungsleiter schließt hierauf die Versammlung.

Der ganze Verlauf der Versammlung zeigte so recht, daß die gewerblich organisierten Arbeiter Dortmunds wissen, was sie wollen und sowohl mit einem gelben wie auch syndikalistischen Arbeiterbund nichts zu tun haben wollen. Sie sehen in der Arbeitsgemeinschaft der drei Gewerkschaftsrichtungen ihre beste Interessenvertretung.

33

Stolberg. Die Ortsverwaltung Stolberg, zu welcher die Bezirke Stolberg, Schmallenberg und Olsberg gehören, hielt am Sonntag, den 25. Mai, in Weisweiler ihre Frühjahrskonferenz ab. Unter den Sektionen Blaibach, Hoven und Mausbach waren die Sektionen durch mehrere Kollegen und Kolleginnen recht zahlreich vertreten. Die Konferenz stand unter dem Beifall des gewählten Vorsitzes, den der Verband, und ganz besonders die Ortsverwaltung Stolberg in der letzten Zeit zu verzeichnen hat. Dies ging deutlich aus dem Quartalsbericht, den der Kollege Schäffer erstattete, hervor. Wir entnehmen denselben folgendes: Die Einnahmen für die Verbandsklasse betrugen 27 675,50 M., die Ausgaben 10 473,23 M., sodass noch 17 204,27 M. an die Hauptklasse abgeführt werden konnten. Gegenüber dem vorigen Quartal stiegen die Einnahmen um 13 795,20 M., die Ausgaben um 5 795,12 M. An die Verbandsklasse wurden 8 099,78 M. mehr abgeführt. Die durchschnittliche Beitragsleistung betrug im Verlauf des 1. Quartals 11,5 Beiträge. Wenn auch diese Beitragsleistung angeföhrt werden darf, so muß doch unser Bestreben darin bestehen, die Beitragsleistung auf mindestens 12 Beiträge im Quartal zu bringen. Was nicht befriedigen kann, ist die verhältnismäßig geringe Zahl von 1930 geleisteten Delegiertenmiträten. Bei einer durchschnittlichen Mitgliederzahl von 3170, die nach Paragraph 8 Abs. 4 des Verbandsstatuts verhältnismäßig gering ist, die Delegiertenmiträte zu zählen, stehen die tatsächlich geleisteten Delegiertenmiträten nicht im rechten Verhältnis. Die Gehaltsentnahmen einschließlich Kassenstand für die Lokalkasse belief sich auf 13 803,70 M. gegenüber 6 681,15 M. im vorigen Quartal. Die Einnahmen stiegen um 7 122,25 M., die Ausgaben um 4 742,48 M.

Wenn sich auch die Finanzverhältnisse für die Lokalkasse gebessert haben, so ist ein Bestand von 4 695,04 M. bei einer Mitgliederzahl von rund 5000 viel zu niedrig. Die Anforderungen an die Lokalkasse sind ganz gewaltig gestiegen und werden bis zu Ausgaben infolge der Neuerrichtung von Sekretariaten noch bedeutend steigen. Vertrauensleute und Mitglieder müssen ihr alles baran sehen, die Lokalkasse zu stärken, weil an eine starke Lokalkasse alle Mitglieder gleich interessiert sind.

Die Mitgliederbewegung gestaltete sich folgendermaßen: Wir hatten am Anfang des Quartals 3000 Mitglieder. Am Anfang eines Jahres von der Jugend- zur Vollmitgliedschaft hatten wir 2081, dem 797 Melbungen gegenüberstanden. Der Mitgliederbestand am Schlus des Quartals betrug 4264. Aus der Mitgliederbewegung ist zu erkennen, daß in der Erhaltung der Mitglieder gerade von den Sektionsleitern und Vertrauensleuten weit mehr gehoben muss als bisher. Die Zeit, wo man die Gewerkschaft als einen Laubensitz ansah, muss endgültig vorbei sein. Den Schmarotern, die gelegentlich einer Gewerkschaft den Weg zur Gewerkschaft finden, muss in Zukunft das Handwerk gelegt werden. Es sind auch gewöhnlich solche, die in punkto Kapitalismus und Forderung nicht auf ihre Rechnung kommen und dann mit allerhand Einwendungen der Gewerkschaft den Rücken kehren. Diese Fluktuation wurde auch durch das Verhalten gewisser sozialdemokratischen Agitatoren beeinflusst, die gerade während der Zeit der Nationalsozialisten glaubten, ihren Kapitalismus an den Mann zu bringen. Wo waren aber diese kapitalistischen Maulhelden zu der Zeit, als die wirtschaftliche Lage der Metallarbeiterfamilie am schlechtesten war? Mit Schlus des Monats Mai hatten wir die Mitgliederzahl 5000 überschritten. Sie zu halten, zu föhren und zu wahren Gewerkschaftsleiter herauszubilden, das soll unsere vornehmste Aufgabe für die Zukunft sein. Wie dieses zu erreichen ist, darüber verbreitete sich Kollege Holtz in einem weiteren Vortrag, dem er folgendes zu Grunde legte: 1. Unsere Sektionsleitungen müssen sich mehr ihrer Aufgaben bewußt sein. Sie müssen für die Abhaltungen der monatlichen Mitgliederversammlungen Sorge tragen, dieselben gut vorbereiten, um sie beliebend und interessant zu gestalten; 2. Der Bedeutung der Mitgliederwechsel von einer Sektion zur anderen ist zu entsprechen; 3. Dem Gegner gegenüber muss die größte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Jeder Mitgliederwechsel von einem Betrieb oder von einer Wohnung zur andern muss mehr Beachtung entgegengebracht werden; 4. Dem Gegner gegenüber muss mit ganz anderen Mitteln wie bisher in der V

gewerkschaftlichen Verwaltungsarbeit. S. In der Agitation müssen wir nicht ruhen und rasten, bis der lebte Metallarbeiter und die lebte Metallarbeiterin dem christlichen Metallarbeiterverband zugeschafft werden. Zu diesem Zwecke soll in allen Sektionen die Haushaltung durchgeführt werden.

Um dorthin rezipierte der Kollege Thoma aus Düren über den Stand der Dampfbewegungen. Nedner wies an der Hand von Material nach, daß ein großer Teil der heutigen Dampf nicht den Anforderungen, die an das Einkommen gestellt werden, entsprechen. Viel Schub an diesen noch möglichen Verhältnissen trug das unzählige und arbeitschädigende Verhalten der sozialdemokratischen Gewerkschaften. Dieses trifft besonders zu im Kreise Duren. Wir werden aber auf dieses Kapitel in einem besonderen Artikel zurückkommen. An diesen drei Vorträgen schloß sich eine sehr lebhafte Aussprache, an der Nebner fast aller vertretenen Sektionen sich beteiligten. Die Diskussion gelang, daß in allen wichtigen Punkten zwischen Führern und Mitglieder voll Einsichtigkeit herrschte. Einig waren sich die Diskussionsredner darin, daß in der Mitarbeit Rüstung und in der Agitation mehr geschehen muß von den einzelnen Mitgliedern wie bisher. Mit Recht betonte Kollege Steiger aus Lendersdorf, daß, wenn wir den notwendigen Nutzen hätten zur Arbeit, dann auch der weitere Erfolg nicht aussbleibe.

Einig war man sich auch in dem Gebanen, daß zur Errichtung der Volkskasse ein besonderes Opfer gebracht werden müsse. Bei dem Erfolg, den die Mitglieder durch Erhöhung der Dampf erzielt hätten, dürfte es nicht darauf ankommen, auch ein besonderes Opfer für die Volkskasse zu bringen. Dem Ortsverwaltungsvorstand wurde anheim gegeben, wie dieses am besten zu ermöglichen sei.

In einem lernigen Schlußwort saßte Kollege Schümmer das Gange nochmals zusammen und schloß mit einem begleitet aufgenommenen Vogt auf den Verband die sehr anregend verlaufene Konferenz.



Werbisch. Nochmals die Verleumder am Pranger! — Unter der Überschrift „Verleumder am Pranger“ brachten vor einiger Zeit die Herren der sozialdemokratischen freien Gewerkschaften einen Artikel in der Olsbacher freien Presse, der den altbekannten sozialdemokratischen Grundsatz: Den Massen muß man schmeicheln, die Führer werben gehängt, durchlösen läßt. Nur haben sie da gründlich danebengehauen. Es ist da mit allerhand schönen Sachen aufgewartet worden. In ihrer Art über die Fortschritte, die der Christliche Metallarbeiterverband hier am Orte macht, meinen sie: Es gäbe doch noch viele Arbeiter, die nichts gelernt und nichts verlassen hätten.

Als langjähriges Mitglied des Christlichen Metallarbeiterverbandes möchte ich den Herren doch sagen, daß das Gegenteil der Fall ist. Es haben sehr viele Arbeiter manches gelernt und zeigen das gelernte dadurch in die Zukunft, indem sie sich dem Christlichen und nicht dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband anschließen. Man wird doch den Arbeitern, die es aufrichtig und ehrlich mit ihren Arbeitskollegen vorhaben, nicht zumuten wollen, daß sie sich den roten Tertigewerkschaften anschließen sollen. Ich will hier nur an den einen Fall in Mannheim erinnern, der aus längster Vergangenheit stammt. Da ist man dazu übergegangen, alle Arbeitskollegen brotlos zu machen, welche sich nicht zu Sozialdemokraten bekennen und zu den sozialdemokratischen Gewerkschaften übertraten. Ja, ja, das ist die Freiheit, die wir in dem neuen sozialdemokratischen Zukunftstaat zu erwarten haben. Hier kommt die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit über besser gesagt: Willst du nicht mein Bruder sein, so hau ich dir den Schädel ein, so richtig zur Geltung. Mögen sich die Herren im roten Lager winden und drehen, wie sie wollen. Je heftiger sie sich am Schimpfen halten, um so unermüdlicher werden wir zur Stärkung unseres Christlichen Metallarbeiterverbandes beitragen.

Ferner glauben die Herren den Achtstundentag dadurch zu einer Errungenschaft der Revolution zu machen, indem sie gehörig über das Organ des Christlichen Metallarbeiterverbandes (Der Deutsche Metallarbeiter) schimpfen, weil dieses geschrieben hat: Der Achtstundentag sei keine Errungenschaft der Revolution. Man sollte doch meinen, daß es jedem, der vor der Revolution etwas mehr Interesse gehabt hat, klar sein muß, daß der Achtstundentag schon vor der Revolution beschlossen war. Es sieht doch etwas eigenartig aus, wenn man so nach den Erfolgen der Revolution rütteln muß, die sie für uns Arbeiter gebracht haben soll. Aus allen diesen wird der Arbeiterschaft wieder gezeigt, welchen Weg sie einzuschlagen hat, wenn sie ihre Interessen richtig und ehrlich vertreten haben will. Wir dürfen uns nur die verschiedenen Richtungen der sozialdemokratischen Partei, wie Mehrheitssozialisten, Unabhängige, Spartakisten und Kommunisten, vor Augen halten. Dieser Staat und Land, der hier an den Tag tritt, muß uns Arbeiter mit Abscheu gegen eine solche Partei erschrecken.

Wie sagte doch einst der alte sozialdemokratische Führer Auer: Ihr wird diese Gesellschaft bald zum Elef.



Amberg-Sulzbach. Die stürmischen Revolutionsstage in unserem freien Reichsstaat Bayern sind vorüber, ob für immer, wissen wir nicht. Die Zeit ist noch, wie vor angemein ernst und schwer. Eine unsichere Zukunft droht manchen zu Boden. Trotz allem können wir von einer sehr guten Entwicklung unserer Verwaltungsstelle berichten. Den fröhlichen Zug der Zeit haben Humboldt von Kollegen und Kolleginnen bemüht, in ihrem Stellen einzutreten und für unser Sozial zu streiten. Unsere Verwaltungsstelle zählt zur Zeit 2500 Mitglieder. Das sind keine Zahlen, welche laut Buch auf dem Papier stehen, denn die Entwicklung der Kassenverhältnisse ergab bei gleichem Fortschritt. Die Beitragsteilung war im ersten Vierteljahr 13 Wochenbeiträge pro Kopf. Wir haben die verdankbare Hoffnung, daß die Zukunft davon nichts anderes wird. In den Betrieben hatten unsere Kollegen manchen Kampf zu befechten, doch sie schlugen sich tapfer. Wohl erlag mancher dem Druck der angeblichen Freiheit, doch traten andere zu uns und stellten ihren Raum. Die Geister lösen sich. Auch die dreizeitige Räterepublik kommt uns wenig schaden, obwohl überzähne Menschen versuchten, unsre Freiheitssonne von den Betrieben fernzuhalten. Wir haben uns mit Erfolg durchgesetzt. Die Kollegen und Kolleginnen müssen auch in Zukunft ihren Raum halten, dann kann nichts fehlen. Im freien Reichsstaat Bayern sind manche Dinge vorgelommen, welche nicht nach Freiheit aussiehen. Wir haben daher die Hoffnung, der wahre Freiheit und Daseinszweck zu verhelfen.

Die finanzielle Besserstellung unserer Mitglieder wurde nicht verhindert. Wie wir schon während des Krieges taten, was wir konnten, so auch in dieser Zeit. Die Arbeiter der bayerischen Hüttenwerke, der Rüstungs- und zum ersten Male auch die Arbeiter der Buna-Werke konnten unschuldige Fortschritte in der Lohnfrage erzielen. Gegenwärtig laufen wieder Dampfbewegungen an der Rüstungsseite, der bayerischen Gewerkschaft, um das Kollektivabkommen, welche die Metallarbeiterverbände mit dem bayerischen Metallindustrieverband abschlossen, durchzuführen. Wir haben es hier mit langer Fiktion zu tun, welche dem bayerischen Metallindustrieverband nicht angetroffen sind. Doch dem Kollektiv sind wir über verpflichtet, es auch zu bilden. Beide haben sich, beweist sei noch, daß es anfangs zu einer Arbeitsschiebung gekommen ist.

Dann die neue Zeit haben unsere Kollegen eine Reihe von außergewöhnlichem Feste übernommen. Wir erkennen an die Betriebsräte auf. Gar mancher Kollege wird seine ganze Kraft aufwenden

müssen, um allem gerecht zu werden. Gegenseitige Unterstützung, hilfreiches Hand-in-Handarbeiten werden die Aufgaben und Pflichten erleichtern. Trotz der schweren Zeit ist es die Aufgabe unseres Verbandes und seiner Mitglieder, die errungenen Vorteile zu erhalten, die Zukunft zu sichern und als bestreiter dritter Stand in jeder Lage unseres Mann zu stellen. Nun alle Kollegen und Kolleginnen der Verwaltungskette. Ihre Pflicht, dann werden die errungenen Vorteile nicht verloren gehen und die Mitglieder werden alsdann eine starke Stütze in allen Lebenslagen an unserem Verbande haben.



Schönwalde (Schwarzwaldb.). Am 26. Mai fand hier unter dem Voritz des Kollegen Pfaff eine sehr gut besuchte, von der Ortsverwaltung des christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands einberufene öffentliche Versammlung statt. Der Nedner, Kollege Abg. Bezirksleiter Gengler (Stuttgart) sprach in sehr wirkungsvoller Weise über die gegenwärtige wirtschaftliche und gewerkschaftliche Lage, Programm und Aufgaben der christlichen Gewerkschaften. In schärfster Weise nahm der Nedner zunächst Stellung zu dem von unseren Freunden überreichten Friedensvertrag, seine wirtschaftlichen und menschlichen Wirkungen beleuchtend. Die Erfüllung dieser Gewaltforderungen sind für Deutschland unmöglich. Wir sollen zu einem Städtevolk in barbarischer Weise gemacht werden. Nedner schubte sobald die Entwicklung der deutschen Industrie und Arbeiterschaft, die nun heute durch die Maßnahmen unserer Feinde von außen und durch verantwortungslose Stadtälteste im Innern in ihrer Existenz und Lebensfähigkeit bedroht sind. Die Lage ist eine sehr ernste, und es heißt heute, sich nicht an Schlagwörtern zu verauschten, sondern den wirtschaftlichen Tatsachen ins Auge zu sehen. Die Erkenntnis der Wahrheit tut heute in erster Linie not, sonst rennen breite, irre geführte Massen blindlings weiter dem Abgrund zu und wir stehen bald vor einem politischen und wirtschaftlichen Krümmeck. Das Programm der christlichen Gewerkschaften ist wirtschaftliche, soziale und geistige Verbesserung des Arbeitersstandes. Seine haben in der Vergangenheit durch ihr Fleißleben von der Organisation viele Arbeiter sich und ihren ganzen Stand sehr schwer geschädigt. Eine solche Kurzsichtigkeit ist heute nicht mehr am Platze. Heute und Verhältnisse gelebt den restlosen Anspruch für jeden Arbeiter und Arbeitervater an die gewerkschaftliche Organisation. In wirkungsvoller Weise war der christliche Metallarbeiterverband in den beiden letzten Jahrzehnten trotz vieler Hindernisse von rechts und links auf dem Schwarzwaldb. für die Arbeiterschaft tätig. Praktische Gewerkschaftarbeit, frei von politischer und religiöser Verhetzung war die Grundlage seiner Bestrebungen. Heute rächt sich die enge Verbindung von „freien“ Gewerkschaften und Sozialdemokratie. Der ganze Parteistreit tobte in den sozialdemokratischen Gewerkschaften und droht ihre Grundlagen zu erschüttern. Wir leben auch ab den Materialismus der Sozialdemokratie. Wir haben den Materialismus des Kapitalismus bekämpft und sehen in dem bloßen Wechsel der Macht und Personen keine Verbesserung. Statt Freiheit und Achtung jeder Menschenvölke herrscht vielfach Gewalt und Terror. Wir wollen Achtung und hohe Respektierung der Freiheit und Gleichheit und Organisation und verurteilten entschieden den Terror vom Machtkabinett erfüllter Gewissen, die statt freier Männer im freien Staat Besinnungsschürzen werden. Der Geist muss ein anderer werden. Die Grundsätze christlichen Rechts und Gewissens, Nächstenliebe und Berantwortlichkeit müssen wieder tonangehend in Wirtschafts-, Völker- und Staatsleben wieder. Nur so bewahren wir die Kultur vor ihrem sicheren Untergang. Auf diesem Boden stehen die christlichen Gewerkschaften, und die Entwicklung zeugt für deren Wichtigkeit. Kein christlich gesunder Arbeiter oder Arbeiterin darf heute mehr den christlichen Gewerkschaften fernsehen. Ein freudiges Leben und Arbeit für deren Grundsätze ist erstes Gebot der Stunde. Das gebietet uns Volls. und Arbeitersinteresse.

Bei der Aussprache wurden die Namen und begeisterten Ausführungen des Bezirksleiters Gengler lebhaft unterstützt. Auch Schrade kam ferner die Erfährtung der geregelten Lebensmittelversorgung bei Schwarzwaldborte durch die Kurgäste, insbesondere die durch deren Preiskontrollen beturzten hohen Preise. Abends fand in Schönwald eine ähnliche Versammlung statt, die unter dem Voritz des Kollegen Kienzler ebenfalls einen guten Verlauf nahm. Am Schlusse der Versammlungen wurden Entschließungen gegen den Gewaltstreben und gegen die Gefährdung der Lebensmittelversorgung durch die Kurgäste angenommen. Die Bevölkerung des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands wurde beauftragt, diese bei badischen Volksabstimmung zu unterstützen.

Kollegen und Kolleginnen des Schwarzwaldb. konstatierte Art sind in der letzten Zeit zu vergleichen. Unser Verband erstaunt noch innen und außen. Arbeitet alle mit, damit auch weiter die Lösung „Vorwärts“ heißt.

Geldeingänge bei der Hauptkasse

im Monat Mai.

Hagen 24020,20, Höhingen 20,80, Regensburg 222,51, Amtberg 6046,53, Hildesheim 262,29, Lippestadt 468,51, Esslingen 2024,60, Warstein 205,50, Oberreichenbach 246,30, Pforzheim 2000, Gütenbach 732,60, Velbert 8332,26, Werdohl 3000, Berlin 307,01, Mainz 43,45, Bremen 3000, Braunschweig 56,30, Crefeld 3450,70, Bremen 403,69, Wilhelmshaven 500, Mülheim-Oberhausen 43777,44, Dortmund 6597,80, Bochum 28309,83, Göttingen 435,62, Mannheim 300, Rotenberg 300, Hamm 16237,64, Hannover 1093, Wasseralfingen 1000, Rottweil 10 821,80, Gelsenkirchen 38,50, Bielefeld 500, Schweinfurt 1516,11, Siegen 13137,35, Werdohl 5849,53, Bromberg 2371,08, Dinslaken 89,11, Bremerhaven 149,60, Opladen 1340, Hannover 500, Mannheim 490,20, Saarbrück 30,28, Geislingen 185, Solingen 5000, Weingarten 613,30, Pforzheim 1200, Remscheid 386,74, Bergen 37,04, Ulm 1000, Siegen 10000, Hamburg 233,71, Neheim 15723,21, Sonthofen 77,12, Danzig 7454,05, Böhmenbach 350, Witten 1000, Gelsenkirchen 37,50, Bredelar 320,60, Schussenried 648,76, Willingen 730,60, Neuland 169,97, Unterkochen 900, Chemnitz 1275,04, Stettin 32,30, Münster 1000, Oldenburg 1519,99, Stuttgart 505,86, Elbing 2198,21, Stolberg 5875, Peine 251,78, Neuwied 4113,18, Bremen 2411,04, Düsseldorf 5654,73, Ulm 1500, Langenthal 1100, Tuttlingen 200, Solingen 1199,54, Köln 16000, Schramberg 500, Vörrath 173, Gelsenkirchen 8000, Bielefeld 300, Kiel 600, Rothenburg 112,83, Mannheim 1000, Bergedorf 6912,80, Düsseldorf 625,79, Bremen 400, Bremen 492,58, Wilhelmshaven 500, Rammen 16,77, Augsburg 4458,69, Mense Döring 75, Menden 17621,98, Gelsenkirchen 4000, Bielefeld 350, Ulm 159,62, Ummendorf 669,63, Bonn 1141,70, Bremen 400, Düsseldorf 44433,65, Duisburg 72889,47, Sterkrade 3, Essen 8850.

Versammlungs-Kalender

Freitag, den 19. Juni 1919:

Düsseldorf. 6,30 Uhr bei Vongardt, Banheimer Straße.
Düsseldorf. 5,30 Uhr bei Müller, Kaiserstraße.

Samstag, den 21. Juni:

Düsseldorf. 7 Uhr in der Konkordia, Zechenstraße.
Essen. Sektion der Elektromonteur. 7 Uhr Versammlung im Gesellenhaus, Steele Straße 36.

Bergedorf. 7 Uhr Sektionsversammlung bei Witte Ralhoff, Wittenbergsstraße. 6 Uhr bei Lamprecht.
Dortmund-Dümpten. 6 Uhr bei Lamprecht.
Dortmund-Dorfheld. Abends 7 Uhr bei Samm.
Dortmund-Marten. Abends 7 Uhr bei Kothe.
Kettwig. Abends 7½ Uhr Versammlung bei Buchmüller.
Eisenberg-Bergedorf. Abends 7 Uhr Sektionsversammlung. Lokal wird noch bekanntgegeben.
Essen (Dreherlehrlinge). Abends 6½ Uhr Fachvortrag im Kaiser-Wilhelm-Ledigenheim, Weberplatz. Leiter: Kollege Fuchs.

Barmen. 7 Uhr im Hotel Lindemann, Oberbörnerstr. 69.
Velbert-Wilhelms. 7,30 Uhr.

Sonntag, den 22. Juni:

Großenbaum. 11 Uhr bei Blankenheim. Mitgliedervert.

Bruchhausen. Nachmittags 2,30 Uhr beim Gastwirt Edvard, Kaiser-Wilhelm-Straße 69. Mitgliedsbücher mitbringen.

Eisen-Düngelkasse. 11 Uhr Jugendtag im Städtischen Saalbau. Programme sind bei den Vertreternleuten und an der Kasse zu haben.

Heiligen. 11 Uhr Sektionsversammlung bei Vorgemeister.

Eisen-Hüttenscheid. Ausflug nach Eichholz in Gulerum. Treffpunkt 2 Uhr bei Olmes, Annastraße. Mitgliedsbücher.

Sterkrade-Schachtendorf. 5 Uhr bei Küpper.

Sterkrade-Alsfeld. 11 Uhr Postweg, Böhnen. legitimieren.

Wanne-Eickel. Nachmittags 5 Uhr bei Krüger, Düsseldorfer Chaussee.

Dortmund-Maagel. 11 Uhr bei Sondermann.

Dortmund-Lünen. Nachmittags 10 Uhr bei Körver.

Dortmund-Welthmar. Nachmittags 3 Uhr bei Möllmann.

Dortmund-Cörne. Nachmittags 11 Uhr bei Wrede, Kaiserstraße.

Dortmund-Wöbbelinhausen. Nachmittags 11 Uhr bei Rose, Mühlheim-Saarn. 11 Uhr bei Rosendahl.

Menden. Mittags Punkt 12½ Uhr bei Oberlämpf. Abends zwecks Ausflug. Näheres darüber wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Dienstag, den 24. Juni:

Dortmund (Sekt. Maschinisten, Heizer und Eisenbahner).

Abends 6 Uhr im Goldenen Löwen, 1. Kampfstraße. Mülheim-Kühr. 2½ Uhr bei In der Weid, Altenstraße.

Branchenversammlung der Eisenerzarbeiter.

Sterkrade, 2,45 Uhr Formar- und Eisenerzarbeiter bei Bachscheidt.

Mülheim-Kühr. 6 Uhr bei Tappe, Böhstraße.

D. Mühlen. Abends 7 Uhr bei Meyers, Ludwigstraße.

D. Laar. 5,30 Uhr bei Müller, Kaiserstraße.

Samstag, den 28. Juni 1919:

Eisen-Dreherlehrlinge. 6,15 Uhr Fachklubs im Ledigenheim, Weberplatz. Leiter: Kollege Fuchs.

D. Mühlen. 7 Uhr Weiers, Mitgliedervert.

D. Wanne. 7 Uhr bei Klapfel Mitgliedervert.

Overhausen-Nord. 5,30 Uhr bei Mutsch, Hallensteinstraße.

Dortmund-Gelsen. 2,30 Uhr bei Röhde.

Dortmund-Lüdinghausen. 6 Uhr bei Richter.

Velbert-Meylges. 7,30 Uhr.

Sonntag, den 29. Juni 1919:

Witten-Jugendabteilung. 2 Uhr bei Miedede. Untreten zum Ausflug. Musikinstrumente mitbringen!

Selved. 11 Uhr bei Eberhardt.

Freitag, den 5. Juli 1919 1919:

D. Melverich. 5 Uhr bei Lacks, Bügelstraße Mitgliedervert.